

18. Wahlperiode

---

**Antrag**

der Fraktion der CDU

**Arbeit der freien Träger bei der Antisemitismusbekämpfung langfristig sichern und finanzieren!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, Möglichkeiten darzustellen – zum Beispiel durch den Abschluss von über den Zeitraum von zwei Jahren gültigen Verträgen –, wie die Arbeit freier Träger im Bereich der Antisemitismusbekämpfung längerfristig finanziert und damit gesichert werden kann.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. September 2019 zu berichten.

---

***Begründung:***

Antisemitismus ist leider ein Teil der Alltagserfahrungen vieler Menschen in Berlin. Im vergangenen Jahr gab es im bundesweiten Vergleich in Berlin die meisten antisemitischen Straftaten pro Einwohner. Laut der Antwort auf eine schriftliche Anfrage aus dem Februar 2019 (Drs. 18/17929) hat die Berliner Polizei im Jahr 2018 phänomenbereichsübergreifend 324 Fälle mit antisemitischer Motivation erfasst und 440 Verfahren wegen des Verdachts von Straftaten mit antisemitischem Hintergrund sind im gleichen Jahr bei der Staatsanwaltschaft Berlin und der Generalstaatsanwaltschaft Berlin eingegangen. Die Dunkelziffer liegt mit großer Wahrscheinlichkeit deutlich höher. Die Bereitschaft der Opfer, eine Straftat anzuzeigen, ist aufgrund der geringen Quote von Verfahren, die nach Anzeige und Ermittlung tatsächlich bis vor ein Gericht gelangen, sehr gering ausgeprägt. Gerade in Zeiten des Internets nimmt zudem die Online-Hetze in den so genannten sozialen Medien immer größere Dimensionen an.

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat die Problematik des immer weiter um sich greifenden Antisemitismus erkannt und sich daher in den letzten Jahren immer häufiger mit diesem Thema auseinandergesetzt. Mit dem Antrag „Gegen jeden Antisemitismus! - Jüdisches Leben in Berlin schützen“ (Drs. 18/1061) konnte im Mai 2018 ein fraktionsübergreifender Konsens über die Bedeutung des Kampfes gegen Antisemitismus erzielt werden. Das daraus resultierte und kürzlich veröffentlichte neue Landeskonzept des Senats zum Kampf gegen Antisemitismus soll die Maßnahmen in diesem Bereich verstärken und das jüdische Leben in Berlin besser schützen.

Der Kampf gegen Diskriminierung und Antisemitismus ist die Aufgabe des Staates, der Gesellschaft und aller Bürger, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung unterstützen. Aus dem Herzen der Gesellschaft leisten gerade freie Träger mit ihren Initiativen, Projekten und Maßnahmen zur Antisemitismusprävention eine unschätzbare wertvolle und herausragende Arbeit. Die wichtige niedrigschwellige Arbeit der freien Träger als Ansprechpartner, Berater, Vermittler oder Informationskanäle zur Aufklärung und zur Bekämpfung des Antisemitismus ist im Interesse der Stadt Berlin dauerhaft zu sichern. Gerade Berlin, dessen einst blühendes und reiches jüdisches Leben im letzten Jahrhundert zerstört wurde, steht in der Verantwortung für einen gesellschaftsweiten Kampf gegen den Antisemitismus. Daher ist es zwingend erforderlich, dass die Finanzierung der freien Träger, die sich der Bekämpfung des Antisemitismus widmen, auch künftig gesichert ist.

Die Berliner CDU-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zu dem politischen Ziel, die Arbeit der freien Träger gegen den Antisemitismus fortzusetzen sowie langfristig und zuverlässig zu finanzieren und fordert den Senat ausdrücklich auf, die Finanzierung der freien Träger über den Zeitraum eines Doppelhaushaltes hinaus zu verstetigen. Vorstellbar wäre es beispielsweise, den Landesbeauftragten gegen Antisemitismus langfristig mit einem Budget auszustatten, aus dem die freien Träger zuverlässig finanziert werden.

Berlin, 13. Mai 2019

Dregger Seibeld  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU